



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/X/77 - 2.4.1955

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Der Kampf um den freien Berlinverkehr	S. 1
Vor der Anklageerhebung gegen Piccioni	S. 3
Unfeierliches Ende einer Legislaturperiode/ Bericht aus Niedersachsen	S. 5
Antwort auf zwei Kernfragen	S. 7

Sachlich auseinandersetzen!

Von Dr. Karl Henner, M. d. B.

Es ist selbstverständlich, dass alles versucht werden muß, mit geeigneten Maßnahmen der Gefahr einer neuen Blockade Berlins zu begegnen. Die Gefahr besteht. Warum sie neu aufgetaucht ist, soll hier nicht untersucht werden.

Der Gesamtdeutsche Ausschuss des Bundestages hat dem Plenum Vorschläge unterbreitet, die Verbesserungen bringen sollen, welche zum Teil von uns allein, zum Teil aber auch nur in Zusammenarbeit mit den Behörden der SBZ verwirklicht werden können. Die Gebührenerhöhung macht deutlich, dass die Verhältnisse uns zur Kooperation zwingen. Dazu sind Verhandlungen notwendig. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Gesamtdeutschen Ausschusses haben in Berlin vorgeschlagen, dass man solche, auf die sachlichen Probleme beschränkten Verhandlungen jeweils dort und auf der Ebene führt, wo sich die sachlichen Schwierigkeiten zeigen.

Der Gesamtdeutsche Ausschuss hat sich im Prinzip dieser Auffassung angeschlossen, als er einstimmig die Empfehlung, an die Bundesregierung annahm, die jetzt dem Bundestag zur Billigung unterbreitet wird, "alle zur Erreichung obiger Ziele (die Verbesserung des Personen-, Post- und Warenverkehrs zwischen der Bundesrepublik und anderen deutschen Landesteilen) im einzelnen geeigneten und

erfolgversprechenden Maßnahmen zu ergreifen, die nicht als Anerkennung der in anderen deutschen Landesteilen eingerichteten Regierungen oder Verwaltungen ausgelegt werden müssen."

Pankow begründet die Erhöhung mit den durch die Benutzung der Straßen entstehenden Kosten. Die Überspanntheit der neuen Sätze (Lastzüge elfmal mehr als bisher!) lässt auf die politische Absicht schließen. Man sollte sich aber daran erinnern, dass die Alliierten und die Bundesregierung 1951 die Erhebung von Gebühren zur Kostendeckung angenommen haben. Es gibt also anerkanntermaßen neben der politischen Seite der Gebühren eine rein sachliche. Wie hoch sind die Kosten? Wie hoch müssen also die Gebühren sein? Wenn die andere Seite behauptet, die jetzigen Gebühren reichten nicht zur Kostendeckung, was liegt dann näher, als ein Vorschlag, in einem Unterausschuss der Treuhandstelle für den Interzonenhandel durch Sachverständige die Frage der Kosten untersuchen zu lassen?

Wir vergeben uns also nichts, wenn wir das Zugeständnis von 1951 wiederholen und grundsätzlich die Gebühren zugestehen, die zur tatsächlichen Kostendeckung notwendig sind, dabei aber gleichzeitig die Suspendierung der von Pankow getroffenen Massnahmen bis zum Abschluß der Untersuchung des Kostenproblems verlangen. Wenn es uns nur um die Sache geht, können wir noch einen Schritt weiter gehen und anbieten, von diesem Zeitpunkt an eine pauschale Entschädigung nachzuzahlen, wenn der Expertenbericht die Unterdeckung nachweist.

Daneben besteht die Möglichkeit zu gewissen Repressalien, von denen aber nur wohl dosiert Gebrauch gemacht werden kann, wenn wir der Bevölkerung der Zone nicht schaden und die Blockade Berlins nicht provozieren wollen.

Es ist kein durchschlagender Einwand gegen diese Vorschläge, dass die politische Absicht des neuen Vorstoßes evident und deswegen alle sachlichen Vorschläge zwecklos seien. Lehnt es nicht schon, dies gerade durch das Angebot sachlicher Untersuchung einwandfrei festzustellen und der SED so das Scheinargument der kostenmäßig notwendigen Gebührenerhöhung aus der Hand zu schlagen?

Auf dem Gebiete der menschlichen Beziehungen und des Handelsverkehrs zwischen den Teilen Deutschlands muß man auf jeden Fall die Probleme versachlichen, Das sollte man auch hier tun. Der Vorschlag eines besonderen Prüfungsausschusses bei der Treuhandstelle ist eine unerlässliche Ergänzung der in Bonn und Berlin schon getroffenen Gegenmaßnahmen gegen die östliche Offensive.

* * *

Montesi-Skandal - letzter Akt

25 - Rom, Anfang April

Der Taxichauffeur Mario Piccinini saß in einem Zimmer des römischen Hauptgefängnisses Regina Coeli. Ihm gegenüber standen, längs der Wand aufgereiht, acht dunkelhaarige junge Männer. "Erkennen Sie in einem dieser Leute die Person wieder, von der Sie uns erzählt haben?" fragte der Untersuchungsrichter Raffaele Sepe. "Ja!" antwortete Piccinini und deutete auf einen der Acht. "Der war es!"

Diese Szene hat sich im Herbst des vergangenen Jahres ereignet, doch erst jetzt hat die Öffentlichkeit von ihr erfahren. Sie spielt eine wichtige Rolle in der jetzt bekanntgegebenen Anklage der römischen Staatsanwaltschaft gegen den Jazzkomponisten und Ministersohn Piero Piccioni, der beschuldigt wird, den Tod der jungen Wilma Montesi verursacht zu haben. Denn der Mann, den der Taxichauffeur damals sofort unter acht Leuten wiedererkannte, war Piero Piccioni, und er erkannte ihn darum wieder, weil er ihn kurz vor der Auffindung von Wilma Montesis Leiche in Gesellschaft dieses jungen Mädchens in der Gegend von Ostia gesehen hatte.

Mit der Erhebung der Anklage gegen Piccioni hebt sich der Vorhang zum letzten Akt der Montesi-Affäre - zum Strafprozess. Der komponierende Ministersohn ist wegen fahrlässiger Tötung angeklagt, der Häuser- und Grundstücksmakler Montagna wegen Beihilfe zur Verschleierung. Außerdem wird der frühere Polizeipräsident von Rom, Polito, beschuldigt, gegen besseres Wissen und Gewissen die "Fussbad"-Theorie verfochten zu haben, das heißt die Annahme, Wilma Montesi sei während eines Fussbades an Strand von Ostia ohnmächtig geworden und dann ertrunken.

Der Strumpfbandgürtel fehlte

Nur dass der Leiche, die am 11. April 1953 aufgefunden wurde, der Strumpfbandgürtel fehlte - eines jener latinen Kleidungsstücke also, die dem Körper elastisch anhaften und die nur abgelegt werden können, wenn sie zuvor aufgelockert worden sind. "Dieser Umstand allein", so meinte Untersuchungsrichter Sepe, als er den Fall zur Behandlung erhielt, "hätte die Polizei von allem Anfang dazu veranlassen müssen, die Fussbad-Theorie auszuschalten."

Dieser Untersuchungsrichter Sepe hat sich mit seiner Arbeit im Falle Montesi eine ausserordentliche Volkstümlichkeit erworben. Die Protokolle, die er angelegt hat, füllen zwainundneunzig dicke Bände. Das darin enthaltene Material reicht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft völlig aus, um Piero Piccioni, Ugo Montagna und Saverio Polito vor Gericht zu stellen, trotz der vier verschiedenen Alibis, die Piero Piccioni im Laufe der Zeit vorgebracht hat, und die Sepe als "verspätete und künstliche Konstruktionen" gleichsam mit einer Handbewegung abgetan hat.

Nach der Darstellung der Staatsanwaltschaft ging Wilma Montesi, als sie am Nachmittag des 9. April zum letzten Mal die väterliche Wohnung verliess, zu einem Rendezvous mit Piero Piccioni, den sie einige Zeit zuvor kennengelernt hatte. In Piccionis Junggesellenwohnung erlitt sie einen Herzanfall. Piccioni hielt sie für tot und rief in seiner Ratlosigkeit seinen weltgewandten und einflussreichen Freund Montagna zu Hilfe.

Montagna war Piero Piccioni gern gefällig. Er gab ihm den Rat, Wilma Montesi einfach in sein Auto zu packen, mit ihr nach Tor Vajanica ans Meer zu fahren und sich dort der Leiche zu entledigen. In Tor Vajanica hatte Montagna nämlich eine ausgedehnte, bis ans Meeresufer reichende Jagd gepachtet, und er glaubte der Verschwiegenheit des dort beschäftigten Personals sicher sein zu können.

Nur, dass Wilma damals noch gar nicht tot, sondern nur tief bewusstlos war. Denn wie die Obduktion ergab, ertrank sie erst, als sie mit dem Kopf im Wasser bewusstlos im Meer lag. Damit erst wurde, nach Auffassung Sepe und der Staatsanwaltschaft, die Handlungsweise Piero Piccionis zu einem Verbrechen.

Ugo Montagna aber war, der Anklage zufolge, dem befreundeten Ministersohn auch weiter behilflich. Er wandte sich nämlich an den Quästor Polito und machte diesem klar, dass eine Bloßstellung Piero Piccionis, dessen Vater nicht nur amtierender Aussenminister, sondern auch ein führender Exponent der christlich-demokratischen Partei war, unbedingt vermieden werden müsse.

Polito sorgte dafür, dass die Untersuchung des ganzen Falles bald abgebrochen wurde. "Tod durch Unfall", so lautete der Beschluss, mit dem der Akt ins Archiv wanderte.

Die verlassene Geliebte packt aus

Dennoch kam die Affäre nicht zur Ruhe, besonders seit Ugo Montagna den Fehler beging, sich mit seiner Geliebten Anna Maria Caglio zu überverfein. Diese wurde fuchsteufelwild und begann auszugackern, was ihr aus Gesprächen mit Montagna über die Affäre bekannt war. Eine Weile versuchten die Behörden noch, den Skandal zu unterdrücken, doch als sich dies als unmöglich erwies, wurde eine neue Untersuchung anberaumt und deren Durchführung dem Richter Sepe anvertraut.

Erst jetzt, nach dem Bekanntwerden der Schlussfolgerungen der Staatsanwaltschaft, erfährt man, wieviel belastendes Material Sepe zusammengetragen hat. Vor allem ist die Verbindung von Wilma Montesi zu Piero Piccioni so gut wie nachgewiesen worden, während Piccioni immer beharrlich bestritten hat, das junge Mädchen überhaupt gekannt zu haben. Drei Zeugen, unter ihnen der Chauffeur Piccinini, haben mit Bestimmtheit erklärt, Piero und Wilma in den Wochen vor der Katastrophe beisammen gesehen zu haben.

Die wichtigste Stütze der Anklage aber bleibt weiterhin Ugo Montagnas verstossene Geliebte Anna Maria Caglio, die von den Interventionen Montagnas bei der Polizeigewaltigen zu berichten weiss und einen Ausspruch ihres früheren Liebhabers zu Protokoll gegeben hat, der lautete: "Piccioni hat da eine Schweinerei gemacht und sitzt jetzt im Dreck. Aber auf jeden Fall muss ich ihn irgendwie helfen."

So weit die Anklage. Aber es wird noch viel Zeit ins Land gehen, ehe man wissen wird, ob sich die Dinge wirklich so oder ähnlich abgespielt haben, wie die Staatsanwaltschaft behauptet.

Die DP/CDU und die parlamentarische Ehre

-dt-Hannover

Als die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages zur 99., der letzten Sitzung dieser Wahlperiode kamen, fanden sie auf ihrem Platz einen "Schnellbrief" des Landtagspräsidenten Olfers. Darin wurde ohne jedes Bedauern mitgeteilt, dass "im Benehmen mit dem Ältestenrat" der vorgesehene "Parlamentarische Abend", mit dem bei hierzulande üblichen "lüttjen Lagen" die parlamentarischen Kämpfe der vergangenen vier Jahre begraben werden sollten, ausfalle.

Stattdessen gab es ein beschämendes Schauspiel: der Landtag sah sich gezwungen, zwei Abgeordneten und ihrer Fraktion, nämlich der DP/CDU eine Lektion in Anstand zu erteilen. Die Lektion war nicht einstimmig, aber dadurch, dass sich den Ja der Koalition auch die FDP anschloss, eindeutig. Umso peinlicher wirkten die Versuche der DP/CDU, das Gesicht in einer Situation zu wahren, die nur eines zuließ: die begangenen Verfehlungen einzugestehen und sich von den Schuldigen zu distanzieren. Nichts dergleichen geschah bei diesen beiden Parteien, deren Schlagwort im Wahlkampf "Sauberkeit" heißt. Im eigenen Stall ist das offenbar nicht notwendig.

Graben Vertrauensbruch

Es ging um die Abgeordneten Reinke (CDU) und Stülten (DP), die als Mitglieder des 5. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses den "Hauptzeugen" vertrauliches Ausschussmaterial zugespielt hatten und die Zeugenaussagen in eine bestimmte Richtung lenken wollten. Zu diesem mit dem Strafgesetzbuch kollidierenden Verhalten hatte man sich entschlossen, als klar geworden war, dass der Untersuchungsausschuss nicht das hielt, was man sich ursprünglich versprochen hatte, nämlich Material gegen den sozialdemokratischen Finanzminister Kubel zu liefern. Der Ausschuss sollte die Verluste klären, die in der staatlichen Finanzierungsgesellschaft "Niedersächsische Treuhand-Verwaltungs-GmbH" (NTG) bei der Sanierung von Flüchtlingsbetrieben entstanden waren. Als deutlich wurde, dass eine Schuld des Finanzministers nicht vorlag, dass vielmehr der Geschäftsführer der NTG allein verantwortlich war, setzte man sich mit diesem Geschäftsführer, einem, wie sich jetzt

erwies, sehr zwielichtigen Mann, ins Einvernehmen und bemühte sich, mit unsauberen Mitteln "das Glück zu korrigieren". Der Staatsanwalt funkte dazwischen. Er hat sich nun auch die beiden Abgeordneten freigegeben lassen, um zu Ende zu ermitteln, was durch Geständnisse der "Zeugen" bereits festliegt: Vertrauensbruch und Versuch der Zeugenbeeinflussung.

Klätliches Verhalten der DP/CDU-Fraktion

Die DP/CDU ist sich der Bedeutung der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wohl bewußt, sie hat davon am ausführlichsten von allen niedersächsischen Parteien Gebrauch gemacht. Sie weiß, dass ein solcher Ausschuss das letzte und gründlichste Mittel ist, eine Regierung zu kontrollieren. Beim NSU-Ausschuss ist damit Schindluder getrieben worden, so, dass nicht nur die Einrichtung der Untersuchungsausschüsse selbst, sondern der ganze Parlamentarismus einen schweren Schlag erhielt. Dass das ausgerechnet zu der Zeit erfolgt, da die Wähler Niedersachsens aufgerufen werden, am 24. April ein neues Bekenntnis zur Demokratie abzugeben, ist doppelt peinlich. Dabei war es der Fraktion leicht gemacht worden, das "Mißgeschick" zu korrigieren. Hätte sie sich von den beiden Abgeordneten distanziert, wäre der Scherbenhaufen halb so groß gewesen. Dadurch aber, dass die Fraktion sich bis zuletzt hinter die beiden Abgeordneten stellte und in einer klätlichen Form, mit falschem Pathos und äckrigen Ausflüchten ihre Unschuld zu behaupten versuchte, hat sie zu erkennen gegeben, wieviel sie vom Parlamentarismus hält.

Moralisch gerichtet

Jede Einrichtung und Organisation, die in die Öffentlichkeit wirkt, hat einen geschriebenen oder ungeschriebenen Ehrenkodex. Wer wollte bestreiten, dass ihn auch das Parlament als höchste Institution im Lande haben muß. Es gibt Dinge, die man mit dem Strafgesetzbuch nicht erfassen kann, obwohl sich im vorliegenden Fall der Staatsanwalt sehr wohl auf einige handfeste Paragraphen stützt. Selbst wenn dem nicht so wäre, würde der Tatbestand ausreichen, einen Ehrenkodex anzuwenden, er mag geschrieben oder ungeschrieben sein. Die DP/CDU hat sich geweigert, das anzuerkennen. Sie hat dadurch moralisch das Recht verwirkt, in Zukunft niemals wieder einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss anzurufen.

Zur selben Zeit, da sich diese Vorgänge abspielen, fahren die Minister Hellwege und Seebohm im Lande umher und erheben gegen die Landesregierung auf Wahlkundgebungen Vorwürfe mit Behauptungen, die widerlegt sind, noch ehe die Minister zu ihren Geschäften nach Bonn zurückkehren. Es sünde den DP-Ministern besser zu Gesicht, wenn sie zunächst in eigenen Haus die Ordnung herstellten, die sie mit bieder-männischer Miene von anderen verlangen. * * *

Vorher oder nachher ? - Nützlich oder schädlich ?

sp - Im vergangenen Januar ist von einem großen deutschen Meinungsforschungsinstitut eine Umfrage mit dem Zweck veranstaltet worden, vor der endgültigen Verabschiedung der Pariser Verträge die Meinungen eines repräsentativen Querschnittes der westdeutschen Bevölkerung in Bezug auf einige allgemeine und einige aktuelle politische Fragen, insgesamt waren es 23, festzustellen. Zwei Kernfragen lauteten damals:

Frage 1: "Es wurde von der SPD-Fraktion des Bundestages der Antrag eingebracht, dass die Bundesregierung vor der Ratifizierung der Pariser Verträge noch einmal die Westmächte auffordern soll, Vier-Mächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands zu ermöglichen. Dieser Antrag wurde im Bundestag abgelehnt. Wenn Sie Bundestagsabgeordneter(w) wären, hätten Sie dem Antrag zugestimmt oder ihn abgelehnt?"

Gerichtet an diejenigen, die die Bundestagsdebatte im Radio gehört oder darüber gelesen haben (47 %).

47 % = 100 %

Zugestimmt	25 %	52 %
Abgelehnt	18 %	39 %
Keine Meinung	4 %	9 %
	<u>47 %</u>	<u>100 %</u>

Frage 2: "Werden, Ihrer Meinung nach, durch Inkrafttreten der Pariser Verträge die Aussichten für eine Wiedervereinigung Deutschlands verbessert oder verschlechtert? (Erheblich verbessert oder nur etwas verbessert? - Erheblich verschlechtert oder nur etwas verschlechtert?)"

Erheblich verbessert	6 %
Etwas verbessert	14 %
Etwas verschlechtert	17 %
Erheblich verschlechtert	18 %
Werden unmöglich gemacht	3 %
Bleiben unbeeinflusst davon	13 %
Keine Meinung	29 %
	<u>100 %</u>

Diese Antworten zeigen klar, wie wenig repräsentativ die Zusammensetzung des vor anderthalb Jahren gewählten Bundestages für die Haltung der Bevölkerung zumindest in diesen beiden entscheidenden Fragen bei der Schlußabstimmung am 26. Februar im Bundestag gewesen ist.

* * *

Hinweis für die Redaktionen:

Am Montag versenden wir eine Karfreitags-Betrachtung von Pfarrer a.D. Dr. Fritz Wenzel, M.d.B.

Verantwortlich: Peter Raunau